

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schlegel, Hoflieferant, Dr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen R. Mosse, Haasenstein & Vogler & Co., G. F. Danne & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inserattheil: W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 478

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 11. Juli.

Inserate, die sechsgealtene Zeitschriften oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Deutschland.

L. C. Berlin, 10. Juli. [Die Denunziationen der „Kolberger Volksztg.“] Wie seiner Zeit gemeldet worden, haben 14 Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung von Kolberg nach der Sitzung, in welcher die Aktienstücke betr. die Ueberlassung des Strandschloßsaales an eine von sozialdemokratischer Seite berufene Versammlung mitgeteilt worden, eine Zustimmungserklärung an den Bürgermeister Krumm unterzeichnet. Die „Kolb. Volksztg.“ hat sich darauf veranlaßt gesehen, die Namen dieser Unterzeichner zu veröffentlichen, was die „Ztg. für Pommern“ veranlaßt, ihr politische Denunziationen vorzuwerfen. Die „Kolb. Volksztg.“ behauptet sich, als ob sie diesen Vorwurf nicht verstehe, und wirft die Frage auf, an welche Adresse denn die Denunziation gerichtet sein sollte. Dazu wird der „Vib. Corr.“ aus Kolberg geantwortet: „Die Denunziation der „Volksztg.“ ist diesmal, soweit Beamte oder Beamten in Frage kommen, an die vorgesetzte Behörde der letzteren, soweit es sich um Gewerbetreibende handelt, an diejenigen Behörden gerichtet, die staatliche Arbeiten zu vergeben haben. Die Mitteilungen der „Volksztg.“ bedeuten den Versuch, die Angehörigen dieser beiden Stände wegen ihrer Rundgebung privatim zu schädigen. Mit Vorliebe wenden sich die „Volksztg.“ und diejenigen, die ihr nahe stehen, wie es beispielsweise auch in Sachen des im Winter stattgefundenen Karnevals geschah, mit ihren Denunziationen an die künftige Regierung zu Köln, theils öffentlich durch die „Volksztg.“ selbst, theils privatim unter brieflicher Adresse.“ Wenn die „Kolb. Volksztg.“ in dem Treiben eines Denunzianten einen sittlichen Vorwurf nicht erblicken kann, so leidet sie an einem intellektuellen Defekt, den Worte nicht zu kurieren vermögen.

Über die Entfremdung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck bringt die „Köln. Volksztg.“ in einem gegen die „Hamb. Nachr.“ gerichteten Artikel einige interessante Mitteilungen. Sie ist der Ansicht, daß zu der Entlassung des Fürsten Bismarck die Rechtskonventionen durch ihre Fesseln gebunden beigetragen hätten. Es handelte sich zunächst um die sozialpolitischen Erfolge, bei denen auch dem Grafen Waldersee ein Antheil zuzuschreiben sei. Allgemein politisch ging die Richtung aber gegen den Fürsten Bismarck und den gouv. mentalen v. Hellborn. „Es erfolgte der Bruch, welcher am 26. Januar v. J. durch eine Verhöhnung halb zugeleitet wurde. Der diesjährige Wahrgang hat den Kessler wieder aufgeweckt. Auch das kann seinen Kenner Bismarcks verwundern. Er hat nicht vergessen, wie Kaiser ihn gegerert, wie Windthorst ihn bekämpft, noch viel weniger wie er vergessen und vergeben, was der Hof ihm angethan hat. Wenn ein antilettisches Dresdener Blatt andeutet, als ob der Kriegsmilitär Bronsart v. Schellendorff ihm einen unangenehmen Befehl des Kaisers ausgerichtet, und Fürst Bismarck darauf seine bekannte Oppositionsrede an den Bund der Landwirthe gehalten hat, so ist das unzutreffend. Der Kriegsmilitär hat dem Fürsten weder einen Tadel ausgerichtet, noch einen Auftrag gegeben. Es mag sein, daß im Gespräch beifällig erwähnt wurde — was aber ja schon aus den Zeitungen bekannt war — die Meinungen des Fürsten über den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg hätten verstimmt, jedenfalls hat aber schon damals und auch bei anderen Gelegenheiten Fürst Bismarck seiner Unzufriedenheit über den Hof in weit höherem und drastischerem Maße Ausdruck gegeben, als das eventuell umschrieben worden ist. Wer des Reichskanzlers Temperament kennt, wird keinen Augenblick im Zweifel sein, daß er der Angreifer ist. Er ist des trockenen Tons schon lange satt und wird auch nicht eher zufrieden sein, bis der Kaiser ihm entweder den Reichskanzlerposten von neuem angeboten oder ihn für seine Amtsentlassung öffentlich um Verzeihung gebeten haben wird. Ihn „krennt die alte Wunde“, und am Abend seines Lebens will er noch den schwersten Waffengang machen, den mit seinem Souverän.“

Zu der Spende des Fürsten Bismarck an den Bund der Landwirthe bringen die „Hamb. Nachr.“ eine nicht unwesentliche Ergänzung, indem sie schreiben:

„In der Veröffentlichung der „Korresp. d. Bund d. Landw.“ fehlt allerdings der für unbefangene Leser selbstverständliche Zusatz, daß der genannte Fonds von Mitgliedern des Bundes aufgebracht war, also nicht einer allgemeinen Sammlung entstammte, und daß es das natürlichste war, die Verfügung über die Summe in Uebereinstimmung mit den Herren zu treffen, welche sie brachten. Ebenso ist der Gedanke, daß Kesselschmidt an dem Hause anzubringen, dem Fürsten von den Eigentümern des Hauses zur Genehmigung vorgelegt worden und nicht etwa in Freidrichshagen entstanden.“

Die „Pos. Ztg.“ bemerkt hierzu: Das ändert die Sache; denn in der Bundeskorrespondenz war nur von einem dem Fürsten Bismarck zu einem nationalen Zwecke übergebenen Fonds die Rede, der aus den überschüssigen Beiträgen, die zu seiner Ehrung anlässlich des 80. Geburtstages eingingen, gebildet wurde. Ist der Fonds nur von Mitgliedern des Bundes aufgebracht worden und wird er vom Fürsten Bismarck wieder dem Bunde überwiesen, so haben dritte Personen damit nichts zu thun. Die „Korresp. d. Bund. der Landw.“ hat aber fälschlich den Sachverhalt verschwiegen und so gethan, als läge in dieser Spende eine ganz ungewöhnliche Anerkennung der Bundesbestrebungen durch den Fürsten Bismarck vor.

Aus der Geschäftsübersicht des Abgeordneten-Hauses geht hervor, daß in der Tagung vom 15. Januar an 88 Plenarsitzungen abgehalten wurden. An Gesekentwürfen gingen dem Hause 25 von der Staatsregierung und 12 vom Herrenhause zu. Von diesen 37 Gesekentwürfen sind 34 vom Herrenhause und vom Hause der Abgeordneten übereinstimmend angenommen; zwei Gesekentwürfe sind abgelehnt, über einen Gesekentwurf (betr. die Entschädigung für Verluste bei Schmelzfrankheiten) ist die Beratung unter Zuzugabe der Beibringung weiterer Materials vertagt worden. Die Zahl der Regierungsvorlagen beträgt im Ganzen 59. Selbständige Anträge sind von Mitgliedern des Hauses 22 eingebracht. Interpellationen sind aus der Mitte des Hauses 5 gestellt. Petitionen sind 1142 eingegangen. Davon sind 286 zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet, 141 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, 145 der künftigen Staatsregierung überwiesen, 274 durch Annahme von Gesekentwürfen oder Resolutionen für erledigt erklärt. Erledigt sind zur Zeit 9 Mandate, und zwar je eins für die Wahlbezirke: 9 Potsdam, 2 Magdeburg, 3 Köln, 12 Schleswig-Holstein, 3 Potsdam, 6 Oepeln, 7 Regensburg, 9 Frankfurt und acht Regensburg.

Dem Vernehmen der „Berliner Politischen Nachrichten“ nach ist der Entwurf der Bestimmungen über die am 1. Dezember dieses Jahres abzuhaltende Volkszählung nach den Vorschlägen der Vertreter der Landesstatistik aufgestellt. Er soll sich in sachlicher Beziehung von den bisher bei Volkszählungen geltenden Bestimmungen nicht unterscheiden, dagegen sollen in formeller Hinsicht Vereinfachungen vorgesehen sein, welche das ganze Zählgeschäft erleichtern und trotzdem die Richtigkeit desselben besser als bisher sicherstellen. Es soll diesmal nur die ortsanwesende Bevölkerung gezählt werden; eine Verpflichtung, die vorübergehend abwesenden Personen aufzunehmen, soll fortfallen.

Im Anschlusse an die Abänderung der Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Baufache vom 15. April 1895 hat der Minister der öffentlichen Arbeiten unter dem 18. Juni d. J. eine neue Anweisung über die Ausbildung der Regierungsbauführer des Hoch- und des Wasserbauwesens erlassen, welche an die Stelle der Anweisung vom 15. November 1895 tritt.

Die Süddeutsche Volkspartei ist mit der Ausarbeitung eines neuen Programms beschäftigt. Am 6. und 7. Juli war in Stuttgart der Programmausschuß versammelt, den die letzte Generalversammlung der Deutschen Volkspartei eingesetzt hat. In zwei langen Sitzungen gelang es dem Ausschus, sich über alle Punkte des Entwurfs zu verständigen; die Annahme der meisten Sätze erfolgte einstimmig. Der angenommene Entwurf wird durch den engeren Parteiausschuß noch einer redaktionellen Durchsicht unterzogen und dann erst durch den Gesamtausschuß definitiv fertiggestellt werden. Der allgemeine Parteitag der Süddeutschen Volkspartei findet am 21. und 22. September in München statt.

Landtagsabg. Dr. Daniel wird der „Frankf. Ztg.“ zufolge sein Landratsamt niederlegen und aus dem Staatsdienst ausscheiden. Er rechnet voraussichtlich nach Vöhringen über.

Landes-Oekonomierath Fritz v. Rauffmann, früher langjähriger Direktor der künft. Landwirthschafts-Gesellschaft, ist nach längeren Leiden im Alter von 73 Jahren in Hannover gestorben.

Als „Zeitungsquatsch“ hatte, wie wir berichteten, der Abg. Zimmermann die Mittheilung bezeichnet, daß er bei seiner Kanalfahrt als Diener einen sehr reichen ehemaligen Hotelbesitzer Namens Köhler mitgenommen habe. In der „Staatsbürgerztg.“ wird nun zugegeben, daß dieser Köhler in der That als Diener des Abg. Zimmermann fungiert hat. Zimmermann glaubte eines Dieners auf der mehrtägigen Reise nicht entbehren zu können, ist aber dabei nach der „Staatsbürgerztg.“ nicht vorsichtig in der Wahl gewesen. Herr Köhler hatte nach 24 Stunden bereits die Dienergehaltssätze, fuhr nach Hause und überließ den Abg. Zimmermann seinem Schicksal. — Vielleicht, so meint die „Freis. Ztg.“ war dem „Diener Köhler“ die Sache etwas zu kostspielig.

Auf den deutschen Münzkassen sind im Monat Juni d. J. geprägt worden: 6433 980 Mark in Doppelkronen, 130 365 M. in silbernen Pfennigstücken und 42 436,87 Mark in Centmünzen. Die Gesamtauflage an Reichsmünzen, nach Abzug der wieder eingegangenen Stücke, bezifferte sich Ende Juni dieses Jahres auf 2 947 453 005 M. in Goldmünzen, 477 369 896,50 Mark in Silbermünzen, 52 610 436,90 M. in Nickel- und 12 972 545,23 Mark in Kupfermünzen.

Der Eisenbahnhändler Stokes ist nicht, wie die „Deutsche Wristapotheke“ erzählt, ermordet worden. Er wurde überfallen und schwer verwundet, aber er hat die englische Station am Viktoriassee glücklich erreicht. Stokes, der in der künftigen Ergeterung von Eisenbahn ein wahrer, aber nicht sehr wählischer Virtuose ist, soll am Oberlauf des Lowaflusses (Nebenfluß des Congo) in einem Dorfe einen ziemlich großen Eisenhain entdeckt und denselben „gewaltsam erworben“ haben. Mit Waffengewalt habe er den Abg. beziehungsweise Durchmarsch erzwungen, bis ihn und seine Karawane unweit des Koo-Sees das Schicksal ereilte. Stokes geriet in einen von vielen Hunderten von Manjema gelegenen Hinterhalt, und zwar so plötzlich, daß von einem geordneten Widerstand gar keine Rede sein konnte, zumal die „Muschträger“ sofort mit den Angreifern gemeinsame Sache machten und sich auf die in der Karawane vertheilten Axtstiele stützten. Unter Zurücklassung fast sämtlicher Axtstiele gelang es dem Händler, mit einigen Axtstiele der Spitze zu entkommen; endlich wurde er von befreundeten Manjema in einem Feindeslager mit Erfolg unterstützt. Bei diesem letzten Gesek wurde Stokes schwer verwundet.

* Mannheim, 8. Juli. Einen skandalösen Verlauf nahm wie bereits gemeldet, die heute Abend im großen Saalbauaale abgehaltene sozialdemokratische Versammlung, die von den Anhängern des Dreesbach einberufen worden war, um die zwei Kandidaten für den Landtag endgültig zu nominieren. Der große Saal war völlig überfüllt. Den Vorsitz führte Dreesbach. Die Anhänger des Dr. Rüdert waren zwar in recht beträchtlicher Stärke erschienen, jedoch zeigte schon die Wahl des Bureau, daß sie sich in der Minorität befanden. Somit war schon entschieden, welche Beschlüsse die Versammlung fassen würde. Der Rüdert begann mit der Eröffnung der Versammlung und hielt bis zum Schluß an. Mehrfach schloß er, als wollte die ganze Versammlung in ein allgemeines Schlägerei ausarten und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre die Versammlung politisch aufgelöst worden. Auf beiden Seiten regnete es Schimpfwörter, Verhöhnungen und Verleumdungen, sodaß wiederholt ein wahrer Höllelärm entstand. Dreesbach ging sogar so weit, mit Bezug auf die Anhänger des Dr. Rüdert von unreifen Duden und Stäntern zu sprechen, die man ganz einfach an die Luft setzen werde. Die Anhänger des Dr. Rüdert warfen dagegen Dreesbach vor, daß er sich gar nicht mehr zu den Arbeitern rechne, denn er verheirathe nicht mehr in Arbeiterhäusern, wo Arbeiter anzureisen seien. Auch trinke er sehr oft Wein und Champagner. Es wurde ferner erzählt von einem Faß Wahlfreibier, das Dr. Rüdert vor vier Jahren gelendet, aber bis heute noch nicht bezahlt habe, sodaß schließlich der sozialdemokratische Wahlverein das Bier habe bezahlen müssen. In diesem Tone ging es fort. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit nicht unbedeutender Mehrheit für die Kandidaten Geis und Dreesbach. Für den Vorschlag der Anhänger Dr. Rüderts, neben Dreesbach einen Rüdertaner aufzustellen, stimmte nur die Minorität.

Aus dem Gerichtssaal.

* Dieckhoff, 8. Juli. Ein interessanter Meineidsprozeß begann am letzten Freitag vor dem Schurgericht hier selbst. Der selbe richtete sich wider die verehelichte Hilfs-Steueraufsicht Pauline H. aus Jauer und deren Gemann, den früheren Gläubiger, jetzigen Hilfs-Steueraufsicht Anton H. aus Berlin. Es handelt sich um die von dem Angeklagten H., der früher Gläubiger an der hiesigen katholischen Kirche war, gegen einen damaligen Kaplan, jetzigen Pfarrer erhobenen Verbindlichkeiten. Zunächst verklagte H. diesen, weil er es mit seiner Frau gehalten haben sollte. Mit dieser Privatklage wurde H. vom hiesigen Amtsgericht zurückgewiesen, worauf der Kaplan gegen ihn eine Verbindungsklage einreichte. Diese Privatklage übernahm der Staatsanwalt, indem er ein öffentliches Interesse für vorliegend erachtete. In der Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer gab die Frau des H. ein alle Einzelheiten umfassendes Zeugnis ab, und da ihr der Gerichtshof vollen Glauben beimaß, wurde H. in der Hauptsache freigesprochen. Nur weil er Ausdrücke gebraucht hatte, welche in der Form beleidigend waren und auf eine beleidigende Absicht schließen ließen, erfolgte seine Verurteilung zu 30 Mark Geldstrafe. In Folge der Enthüllungen, welche der Prozeß gebracht, kam es zwischen den H.'schen Eheleuten zu Zwistigkeiten, welche einen Ehegerichtsprozeß zur Folge hatten. Hierbei trat die Frau mit der Selbstbezüglichung hervor, sie habe in jenem Verbindungsprozeß gegen ihren Gemann einen Meineid geleistet; denn sie habe mit dem Kaplan nicht verkehrt. Wegen des Verdachts des Meineides in Haft genommen, trat die Frau weiter mit der Bezüglichung hervor, ihr Mann habe sie zu der falschen Aussage angestiftet. In Folge dessen wurde auch H. in Haft genommen, später aber Beide auf freien Fuß gesetzt, weil das Gericht der Selbstbezüglichung der Frau keinen Glauben beimaß. Das hiesige Landgericht hat es laut Beschluß vom 15. Februar d. J. auch abgelehnt, das Hauptverfahren gegen die beiden Angeklagten zu eröffnen. Erst auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat das Oberlandesgericht zu Breslau unter dem 8. März d. J. angeordnet, daß gegen die beiden Angeklagten verhandelt werde. Zwischen Frau H. ihren Widerruf zurückgenommen und beharrt jetzt dabei, daß sie in dem Verbindungsprozeß gegen ihren Gemann die Wahrheit geschworen habe. Dieser selbst behauptet natürlich ebenfalls seine Unschuld. Die Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Angeklagten sind noch junge Leute im Alter von 30 und 34 Jahren. — Der Wahrspruch der Geschworenen lautete nach etwa 1/2 stündiger Beratung bezüglich beider Angeklagten auf nicht schuldig, worauf die Angeklagten vom Gerichtshof freigesprochen wurden. Die Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Totales.

Posen, 11. Juli.

n. Zwecks Aufrechterhaltung eines geordneten Verkehrs auf dem Geroerdamm, wo, wie schon gemeldet wurde, gegenwärtig umfangreiche Kanalstrungsarbeiten vorgenommen werden, ist von heute ab auf diesem Theile der Straße ein Schutzmann postiert worden.

n. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurde gestern ein ehemaliger Bureaugehilfe wegen Verletzung des Schutzmannspostens auf dem Alten Markte; eine Frau aus Gerswalde, die total betrunken in der Breslauerstr. lag, ein 12jähr. Knabe wegen Bettelns; zwei Personen wegen Obdachlosigkeit; eine Dirne. Auch der schon seit längerer Zeit von der Polizei gesuchte Korbleger Martin Bralatt, der noch eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten abzuschließen hat, ist gestern Abend verhaftet und in den Polizeigewahrsam eingeliefert worden. — Beschlag nahm wurden auf dem gestrigen Wochenmarkte einige faule Eier und 13 Pfund verdorbene Rischen. — Gefunden ein Paar Damenhandschuhe zwei Schlüsselhunde, ein Herrenhandschuh (Zwirn), ein Badetuch enthaltend 4 Bleistifte u. — Verloren ein Holzstäbchen, enthaltend eine elegante Blumenhülle und ein Badetuch mit kleinen Tassen, in Papier gewickelt. — Zugelassen ein kleiner weißer Hund mit gelben Flecken, ein kleiner weißer löwenartig geschorener Stubenhund, ein weißer Fudel.

